

Fortsetzung des Artikels von Seite 4

Schutz ihres Innovationswissens zu realisieren. Der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Weil am Rhein wird in der Sache schon mal selbst tätig. Er lädt Unternehmen zu Informationsveranstaltungen ein, zu denen er Referenten des Verfassungsschutzes, des BSI und anderer Behörden dazu bittet, um vor allem kleinen und mittleren Unternehmen klarzumachen, wie groß die Bedrohung tatsächlich ist.

Bei einer seiner letzten Veranstaltungen zu diesem Thema erzählte ein Unternehmer, der Betonfertigteile nach einem speziellen Verfahren herstellt, wie er von seinen chinesischen Vertragspartnern, auf deren Seite sich Geheimdienstler eingeschleust hatten, ausgehört wurde.

Er hatte nicht nur das Scheitern seines chinesischen Expansionsvorhabens zu verkraften, sondern beinahe sei seine ganze Firma dabei zugrunde gegangen. Es sei typisch, so Schuster, dass Unternehmer sich über Währungsrisiken informieren, die Geschäftspraktiken und Gewohnheiten von chinesischen Vertragspartnern studierten,



Arne Schönbohm auf dem Europäischen Polizeikongress 2011. Foto: BS/Dombrowsky

über kulturelle Dinge sich kundig machen würden, aber niemals an Spionage denken würden. Die ist aber im Umgang mit ausländischen und insbesondere fernöstlichen Vertragspartnern Gang und Gebe.

Das weiß auch Sicherheitsexperte Arne

Schönbohm: "Eine Sensibilisierung der Firmen muss erfolgen, da diese oft gar nicht realisieren welches Potential in ihren Ideen steckt und wie interessant dieses beispielsweise für ausländische Nachrichtendienste oder Wettbewerber sein kann. Dementsprechend schlecht sind sie oft vor unbefugten Zugriffen geschützt. Notwendig ist es daher eine Art Cyber Blue Book zu entwickeln, in dem die Bedrohungslagen der Firmen beschrieben wird und entsprechende Gegenmaßnahmen abgeleitet werden. Diese Gegenmaßnahmen beinhalten auch Schulungen zur Sensibilisierung von Mitarbeitern und konkrete technische Handlungsmöglichkeiten. Dieses sollte durch Unternehmen mit Unterstützung des BMBF entwickelt werden. Zunächst sei jedoch eine detaillierte Bestandsaufnahme durch Experteninterviews bei den Firmen zum Status quo der Daten- und IT-Sicherheit notwendig. Hieraus müssten anschließend die praktischen Optimierungsmöglichkeiten im Cyber-Bereich abgeleitet werden. Um hier nicht in Interessenkonflikte zu geraten, sollte das durch von Produkten unabhängige Experten geschehen."

Gemeinsames Vorgehen für Sicherheit

(BS) Die Internetplattform Facebook muss Kommunen beim Vorgehen gegen anonyme Masseneinladungen besser als bisher unterstützen. Das forderte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger in Düsseldorf nach einem Gespräch mit der Privacy and Policy Managerin von Facebook in Deutschland, Eva-Maria Kirschsieper.

"Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass Menschen friedlich miteinander feiern können. Die Sicherheit der Menschen hat dabei oberste Priorität", sagte Jäger.

Facebook will Hinweisen von Ordnungsbehörden und Polizei auf anonyme Masseneinladungen sofort nachgehen. Dies sagte die Vertreterin von Facebook in dem Gespräch zu. Zeigt sich, dass hinter der Einladung ein gefälschtes Profil steht, wird sie sofort gesperrt.

"Es ist auch im Interesse von Facebook, wenn unter dem Deckmantel der Anonymi-

tät keine Massenpartys mehr stattfinden", stellte Jäger klar.

Bei weiteren Punkten konnte der NRW-Innenminister jedoch keine Einigung mit Facebook erzielen. Jäger will deshalb das Thema Facebook-Partys auf die Tagesordnung in der nächsten Innenministerkonferenz (IMK) setzen: "Hier gibt es weiter dringenden Gesprächsbedarf mit Facebook".

Jäger fordert, dass die Voreinstellung Öffentliche Veranstaltung vom Facebook-Programm künftig nicht mehr automatisch vorgegeben wird. Versehentliche Masseneinladungen wie in Hamburg bei dem Geburtstag einer 16-jährigen Schülerin seien dann nicht mehr möglich. Außerdem müsse Facebook Wege entwickeln, kommunale Ordnungsbehörden beim Aufspüren von anonymen Einladungen zu un-



Foto: BS/Alexander Klaus/Pixelio.de

terstützen.

"Spontane Feiern sind Teil der Jugendkultur. Wir brauchen keine neuen rechtlichen Regelungen, aber die Unterstützung von Facebook. Das Treffen war der Auftakt zu bundesweiten Gesprächen", sagte Innenminister Jäger.